

## 23. Koalitionen mit Juso-Hochschulgruppen

beschlossen im Februar 1976 in Köln

Der SLH als parteiunabhängiger Verband ist in seiner Bündnispolitik grundsätzlich nicht festgelegt; vielmehr ist entscheidendes Kriterium für ein Bündnis die Möglichkeit, sozialliberale Prinzipien theoretisch (Programm) und praktisch (personelle Vertretung und konkrete Aktionen) soweit wie möglich durchzusetzen. Dabei sind die Mehrheitsverhältnisse in den Studentenparlamenten und die Stärke der jeweiligen SLH-Gruppe zu berücksichtigen.

Die zunehmende Zahl und Verstärkung von Juso-Hochschulgruppen ermöglicht heute Koalitionen zwischen SLH und Juso-HG's, ohne daß Kommunisten in die Mehrheitsbildung einbezogen werden müssen.

Dabei stellen sich gerade durch das breite Spektrum bei den Juso-Hochschulgruppen - von KBW-nahestehenden Gruppen über Stamokap-Tendenzen und Mitarbeit beim Sozialistischen Büro Offenbach bis zu Juso-Bundesvorstandspositionen - erhebliche inhaltliche Schwierigkeiten.

Auf der einen Seite gibt es aber zahlreiche Prinzipien, die vom SLH und vielen Juso-Hochschulgruppen geteilt werden:

- Pluralismuspostulat, Mehrheitsprinzip,
- Souveränität des Volkes, demokratische Kontrolle,
- Verantwortlichkeit der Regierung, Oppositionsgarantie,
- Autonomie der Gewerkschaften und Streikrecht, etc.

Es kann kein Bündnis infrage kommen, dessen ausdrückliches Ziel es ist, konstitutive Strukturmerkmale eines demokratischen und freiheitlichen Gesellschaftssystems außer Kraft zu setzen. Es bieten sich aber außerdem in der praktischen Hochschulpolitik zahlreiche Möglichkeiten, wo die Zusammenarbeit von SLH und Juso-Hochschulgruppen konkrete Ergebnisse einer konsequenten Reformpolitik bringen könnte und wodurch gleichzeitig den restaurativen Kräften in der Hochschule entgegengewirkt wird:

1. Intensive Arbeit an den Problemen der Studienreform und entsprechende Vorschläge könnten auch nach dem HRG eine extensive Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten nutzen. Dabei sollten vor allem folgende Punkte Berücksichtigung finden: Wissenschaftspluralismus, Experimentierklauseln und entsprechende Studiengänge, Möglichkeiten für das kritische Hinterfragen der Studieninhalte.
2. Im Bereich Soziales ist einer sozialen Demontage entgegenzuwirken, das dies eine weitere Verstärkung des bereits bestehenden sozialen Numerus clausus bedeutet.

3. Nachdem der Auslese- und Konkurrenztrend im Bildungswesen immer stärker in den Vordergrund tritt, muß gerade die Hochschulpolitik als integrierter Teil der gesamten Bildungspolitik verstanden werden, um dem Entstehen einer neuen isolierten akademischen Elite entgegenzuwirken und Chancengerechtigkeit soweit wie möglich zu realisieren, statt strukturell unmöglich zu machen.
4. Die Zusammenarbeit von Hochschulen und DGB (wie z. B. in Bochum und Bremen) ist zu intensivieren, um die Interessen breiter Bevölkerungsschichten stärker in den Wissenschaftsprozeß mit einzubeziehen.

Der SLH fordert die Juso-Hochschulgruppen auf, sich in diesem Sinne zu einer Zusammenarbeit mit dem SLH bereitzuerklären.

Der SLH bedauert, daß die Juso-Hochschulgruppen dies bisher kategorisch abgelehnt haben (Ausnahme z. B. Fachschaft Jura in Köln) und immer noch eine Unterstützung durch Kommunisten aller Schattierungen vorziehen, auch wenn eine Koalition ohne Kommunisten mit dem SLH mehrheitlich möglich gewesen wäre (so geschehen bei der AStA-Bildung in Köln im Januar 1976).

Der SLH spricht sich daher ausdrücklich dafür aus, daß dort, wo die Möglichkeit besteht, mit den Juso-Hochschulgruppen zu koalieren (mehrheitlich und inhaltlich), auf jeden Fall der Versuch einer gemeinsamen Koalition von SLH und Juso-Hochschulgruppen unternommen werden soll.